

Der vorgelegte HH-Planentwurf 23/24 ließ nur wenig Spielraum für Änderungen und Anträge. Zu groß sind die zukünftigen Unsicherheiten, wie die Entwicklung der Energie- und Gaspreise, die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und die Nachwirkungen der letzten zwei Corona-Jahre.

Hinzu kommen Festlegungen durch Bund- und Landesregierung, die die Kommunen vor weitere Herausforderungen stellen. Genannt seien hier nur die Erarbeitung eines Mietspiegels oder die Wohngeldreform, die zusätzliche Kosten für Personal und Sachleistungen verursachen. Der HH der Stadt Plauen steuert auf ein immer größeres Defizit zu.

Neue Gesetze und Regelungen, die einen guten Ansatz verfolgen, werden zur zusätzlichen finanziellen Belastung für die Kommunen, weil sich Land und Bund nach eventueller Anschubfinanzierung zurücknehmen. Ein Beispiel ist hier die Lernmittelreform von 2019. In den ersten Jahren erhielten die Kommunen vom Land dafür extra Mittel, um Lernmittel für die Schulen zu übernehmen - jetzt sind diese Mittel im Ansatz viel geringer und verschwinden in den allgemeinen Schlüsselzuweisungen, so die Antwort auf unsere Anfrage bzgl. der Finanzierung von Taschenrechnern und Lernmitteln an allen kommunalen Schulen.

Kritisch sehen wir, wie auch schon in den letzten Jahren, die Fördermittelpolitik von Bund und Land. Es ist zwar schön, wenn Plauen bei verschiedenen Fördermittelprogrammen bedacht wird, aber es stellt die Verwaltung und die Stadt vor einen enormen Mehraufwand, sei es bei der Erarbeitung der Projekte in kürzester Zeit (da kann man froh sein, wenn etwas schon bereit liegt) oder bei der Erarbeitung und Absicherung der Nachfolgekosten bzw. die Bereitstellung des Eigenmittelanteils. (Unsere Fraktion hatte bereits 2019 einen Antrag gestellt, die Nachfolgekosten für geplante Investitionen im Hochbau vorzulegen. Dieser Antrag wurde damals von der Verwaltung aufgenommen - aber leider kaum umgesetzt oder erst auf Nachfragen. Die Nachfolgekosten der großen Investitionen im Hochbau werden aber in den nächsten Jahren unseren Haushalt der Stadt belasten und müssen eingeplant werden. So ist liegt bis heute kein genauer Finanzierungsplanung für das neue Spitzenzentrum vor. Hier drängt die Zeit. )

Hinzu kommen Fördermittelkürzungen des Landes z. B. im Straßenbau, so ist die Stadt Plauen gezwungen, dringend notwendige Baumaßnahmen an Straßen wieder zu verschieben - es bleibt bei Notreparaturen sogenannter Flickschusterei. Bei der FM-Politik fragt man sich, wann erhalten die Kommunen endlich mehr Geld für die Selbstverwaltung, um selber entscheiden zu können, was dringend notwendig ist und wofür Gelder eingesetzt werden müssen

Bei der Digitalisierung an Schulen sieht es ähnlich aus. Der Bund/Land stellt Mittel zur Verfügung, dass die Technik für die Schulen angeschafft werden kann. Die neue Technik nützt nichts, wenn sie nicht zum Einsatz kommen kann, weil sie durch die IT-Abteilung der Stadt eingerichtet werden muss. Wie wichtig Digitalisierung an Schulen ist, hat uns Corona gezeigt. Wir freuen uns deshalb, dass die Verwaltung unseren Antrag auf einer zusätzlich befristeten Stelle positiv gegenüber steht. Ebenso den Antrag, eine motivierte Mitarbeiterin, die befristet im Kulturreferat ausgeholfen hat, vorerst befristet weiter zu beschäftigen. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels finden wir, ist das ein richtiges Zeichen. Auch für ist der sparsame Umgang bei Personalkosten in der Verwaltung sehr wichtig, aber auf Grund der Alterspyramide der Beschäftigten im Rathaus sollte alles unternommen werden, gute Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu halten bzw. zu finden. Dazu gehören aus unserer Sicht die Auswertung und die Umsetzung der Schlussfolgerungen aus der Mitarbeiterbefragung. Die Beschäftigten der Stadt wollen mitgenommen werden.

Übernommen wurde auch unser Antrag für die Bereitstellung finanzieller Mittel um den Bau einer zusätzlichen WC-Anlage für die Käthe-Kollwitz-Schule. Unsere Fraktion hatte sich bei einem Vor-Ort-Termin und der Ausschusssitzung des BSA über die Zustände an der Schule gemacht. Hier muss man leider sagen, dass die Schülerzahlen in den letzten Jahren zugenommen haben. Die Sanitäreinrichtungen bei Containerbau - der vor Jahren schon notwendig wurde - sind nicht ausreichend. Die Stadt hat das erkannt und schon Maßnahmen eingeleitet. Uns freut, dass die Sanierung der Rückertschule im HH eingeplant ist. Ist das doch dringend notwendig.

Nicht abgerufene Mittel aus 2021 und 22 für das Jugendbeteiligungsforum - wegen Corona- können zusätzlich für 23 und

24 abgerufen werden. Unser Antrag, dass 1000,00 € mehr für 23/24 bereitgestellt werden, um Projekt nachzuholen, wurde damit entsprochen.

Kritisch sehen wir, wie mit unserem Antrag zur Auszahlung des Begrüßungsgeldes umgegangen wurde. Bereits im Frühjahr hatten wir dazu einen Antrag eingebracht. Ende des 3. Quartals sollte bzgl. Der Auszahlung des Begrüßungsgeldes für Neugeborene neu entschieden werden, da der Menügutschein nicht von den Eltern so angenommen wurde, wie gedacht. Leider wurde diese Entscheidung immer wieder vertagt und soll nun erst Anfang 23 fallen.

Eingearbeitet sind auch die Anträge zur Tourismusförderung und der Anzüge für Hots.

Für Sport-und Kulturvereine waren bereits die letzten zwei Jahren auf Grund von Corona schwierig. und nicht alle Vorhaben konnten umgesetzt werden. Die zusätzlichen Mittel aus der Erbschaft die zur Förderung der Kulturarbeit und im Sportbereich eingestellt wurden, wären jetzt bei den erhöhten Betriebskosten dringend notwendig. Wir werden dazu bei der Einbringung unsere Anträge noch mehr ausführen.

Wenn es im Moment schwierig erscheint für freiwillige Aufgaben mehr Geld einzufordern bzw. diese zu erhalten, so erscheint es uns doch gerade in solchen Zeiten – wo auch die soziale Kälte zunimmt – wichtig, das Ehrenamt zu unterstützen und anzuerkennen. Macht die Arbeit in den Vereinen, ob Kultur, Sport, Umwelt oder im sozialen Bereich erst eine Stadt lebenswerter. Hier sollten wir ein politisches Zeichen setzen und diese weiterhin unterstützen.